

»Das Schweigen muss ein Ende haben«

Gerhard Stühler: Der Vorsitzende der Spessartbund-Ortsgruppe über die jüngsten Entwicklungen im FFH-Gebiet Wiesbüttmoor

Von unserem Redakteur
MICHAEL MÜLLER

SCHÖLLKRIPPEN. Gerhard Stühler, Vorsitzender der Ortsgruppe Schöllkrippen im Spessartbund und Vorstandsmitglied des Heimat- und Geschichtsvereins Schöllkrippen, war einst über drei Jahrzehnte Büroleiter des Forstamts Schöllkrippen (unter der damaligen Leitung des Forstdirektors Gerhard Kampfmann). Das Forstamt war unter anderem für den bayerischen Bereich für den Wiesbütt zuständig. Als Wanderführer hat er ungezählten Gruppen und Schulklassen das Ökosystem rund um das Wiesbüttmoor näher gebracht.



Herr Stühler, Sie haben es sehr begrüßt, dass die Wiesener Gemeinderätin Barbara Büdel auf zerstörte Wanderwege und Holzerteaktionen am Wiesbüttmoor hingewiesen hat (Main-Echo 30. April, Überschrift »Bürger entsetzt: War das nötig?«) Was hat Ihnen an der Initiative gefallen?
Gerhard Stühler: Ich halte es für sehr wichtig, dass die bislang »schweigende Bevölkerung« sensibilisiert wird und sich entsprechend einsetzt. Man muss sich endlich öffentlich mit den Tatsachen auseinandersetzen. Denn wenn es so weitergeht, wird unweigerlich eines der schönsten und wertvollsten Natur- und Kulturlandschaftselemente unserer Heimat ruiniert.

Es hat in der Vergangenheit mehrfach Berichte über Vereinbarungen und Vorhaben bezüglich des Wiesbüttsees gegeben.
Das stimmt. Nur wäre es auch gut, wenn man sich behördlicherseits, bayerischerseits, öffentlich zur Pflege und letztendlich zum Erhalt dieses Natur- und Kultur-Kleinods nicht immer wieder nur bekennt, sondern auch handelt. Meiner Meinung nach wurde immer wieder, vor allem von hessischer Seite, der Bevölkerung und der Presse »grüner Kleister« auf die Augen geschmiert. Es muss Schluss sein mit den jahrelangen Ausreden wie »Klimaveränderung«, »Niederschlagsarmut«, »milde, schneefreie Winter«, »heiße, trockene Sommer« und so weiter.

Aber ist es nicht so, dass es nun Ärger gibt, gerade weil behördlicherseits gehandelt wurde?
Die aktuellen »Rettungsversuche« können nur als notwendige Lösungsansätze betrachtet werden. Sie werfen die Frage auf, warum man es in annähernd 20 Jahren hat so weit kommen lassen. Das Wiesbüttmoor ist ein bedeutendes Quellmoor - das wohl bedeutendste und wertvollste des gesamten Spessarts. Es ist als 'Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Gebiet' ausgewiesen. In FFH-Gebieten gelten strikte, rechtlich verbindliche Grundsätze wie das Verschlechterungsverbot.

Dann gab es also Richtlinien für den Umgang mit dem Moor?
Genau. Aber man ist den FFH-Richtlinien nicht gefolgt. Die Vegetations-Fehlentwicklung im und am Moor wurde nicht reguliert. Waldbewirtschaftung, unter anderem mit standortfremden Fichten-Plantagen, und der Forstwegbau verursachten einen permanenten Wasserentzug - beispielsweise, weil das Moor teilweise vom Hangwasser abgeschnitten wurde.

Auch der Einsatz von Kalkschotter im Forstwegbau ist definitiv ein erhebliches ökologisches Risiko für das Moor. Der alkalische Kalkschotter auf den Forststraßen und Forstwegen im Bereich des Moores sowie in den Rigolen-Kalkschotterbetten ist die schlimmstmögliche Variante von Material, weil er sich leicht auswäscht. Sie neutralisiert die natürliche Moorsäure und



Das Wiesbüttmoor auf hessischem Gebiet (hier der obere Teil) ist weiterhin ein Pflegefall.

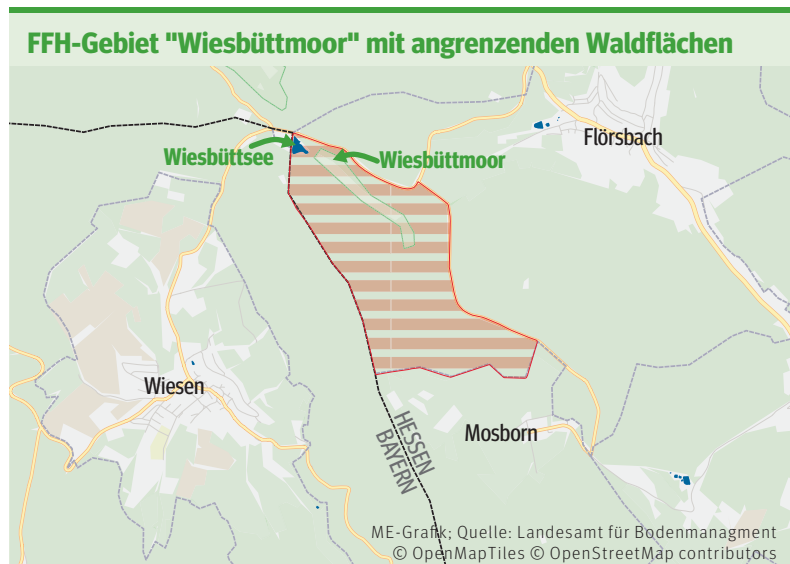
Fotos: Michael Müller



Wasser sammeln und dem Moor zuführen: Der Rigolenbau ist grundsätzlich gut, sagt Stühler. Er ist gespannt: Diese Anlagen bedürfen der regelmäßigen Wartung.



Gerhard Stühler beklagt, wie rücksichtslos mit Grenzsteinen umgegangen wurde. Dieser ist, nachdem er herausgeholt wurde, falsch eingesetzt worden.



schwemmt Nährstoffe ein. Die moor-typischen Torfmoose sterben sukzessive ab. Konkurrenzstarke Pflanzen, die mit Kalk klarkommen, verdrängen die empfindliche Moorflora.

Was schlagen Sie vor?

Mein Vorschlag ist, den Kalkschotter, soweit möglich, unverzüglich wieder auszubauen und anderweitig zu verwenden. Es gibt eine ganze Reihe von geeigneten regionalen Baumaterialien zum Wegebau - beispielsweise Gneis, Rhyolith oder Quarzit.

Das Forstamt Jossgrund berichtete, dass Rigolen unter dem Forstweg eingebaut wurden, um Regenwasser unterirdisch in den Moorkörper zu leiten.

Das ist ein gutes Beispiel! Mit dem Einbau der Rigolen alleine ist es nicht getan. Die dauerhafte Funktionstüchtigkeit der Rigolen müsste zwingend gewährleistet werden, auch die Verhinderung oder Beseitigung von Verschlämmungen. Sollte es ein neues Handlungskonzept für das Wiesbüttmoor geben, wäre dieses der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Und für den angrenzenden Wiesbüttsee ist meines Erachtens ein eigenes, zukunftsfähiges Handlungs- und Maßnahmenkonzept erforderlich.

Moor und Wiesbüttsee sind auf hessischer Seite, jenseits des Damms wird auf bayerischer Seite der Campingplatz ausgebaut. Gegen dieses Projekt hatten Sie vergangenes Jahr im Rahmen des Genehmigungsverfahrens umfassende Bedenken geäußert. Bleiben Sie bei Ihrer Meinung?

Anstatt gegen den jahrzehntelangen Wildwuchs in einem Landschaftsschutzgebiet vorzugehen, setzt man mit einem mittelgroßen Baugebiet für eine erhebliche Anzahl von Ferienhäusern und sonstigen so genannten Erholungseinrichtungen noch einen drauf. Rücksicht wird offensichtlich auf nichts genommen. Weder auf die Natur, noch auf Wanderwege, noch auf staatliches Eigentum. Bei der Herstellung von Versorgungsleitungen für die Ferien-siedlung wurden beispielsweise Grenzsteine entlang der bayerisch-hessischen Landesgrenze herausgewählt, beschädigt oder zerstört - oder sie sind nun schlichtweg nicht mehr vorhanden. Der rechtswidrige Versuch, einen beschädigten historischen Grenzstein wieder zu positionieren, misslang übrigens: Dabei wurden die Grenzstein-Seiten verdreht. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders darauf hinweisen, dass die Beschädigung, das Ver-

setzen oder die Zerstörung von Grenzsteinen eine Straftat ist - ebenso wie deren eventuelles Entwenden. Das bedeutet, dass bei Bekanntwerden der Straftat die Behörden automatisch von Amts wegen ermitteln müssen.

In Ihrer Stellungnahme warnen Sie vor den potenziellen Gefahren, die von einem maroden altertsschwachen Damm ausgehen könnten. Der Damm trennt den (hessischen) See vom bayerischen »Freizeitgebiet«. Welche Gefahren sehen Sie?

Der Damm wurde Mitte des 18. Jahrhunderts in einfachster Bauweise errichtet. Der TÜV sollte das über 260 Jahre alte historisch-technische Bauwerk einmal einer Gefahrenabschätzung unterziehen, wie dies bei technischen Bauwerken nicht nur allgemein üblich, sondern vorgeschrieben ist. Es wurden Bäume gefällt - das Wurzelwerk wird nicht länger für Halt sorgen. Der Vorschlag, den See »mal eben« abzulassen, wie von einem Hessen-Forst-Vertreter ins Spiel gebracht, ist abenteuerlich. Das wäre für die Biotoptradition des Wiesbüttsees eine unverantwortliche Naturkatastrophe und sollte nicht weiter diskutiert werden. Mein Vorschlag ist eigentlich seit Jahrzehnten unverändert dieser: Wir brauchen ein

Entwicklungskonzept für den gesamten bayerischen und hessischen Spessart. Dieses Konzept wurde bereits 1995 im legendären 'Bad-Orber Spessartkongress' beschlossen. Seinerzeit wurde das Archäologische Spessartprojekt (ASP) mit Sitz in Aschaffenburg gegründet. Das ASP erhielt unter anderem den Auftrag, ein 'Spessart-Entwicklungskonzept' zu erarbeiten. Ein ebensolches Spessart-Gesamtkonzept gibt es bis heute, im 31. Jahr nach dem Bad-Orber Spessartkongress, immer noch nicht.

Was bedeutet das konkret?

Für das »Niemandland des bayerisch-hessischen Grenzgebietes« ist die traurige Situation, dass sich weder die hessischen noch die bayerischen Protagonisten so richtig für die Gesamtsituation im Bereich der Wiesbütt zu interessieren scheinen. Leider schauen auch die Verbände und gesellschaftsrelevante Gruppen auf beiden Seiten stillschweigend zu. Und die heimatsverbundene Bevölkerung äußert zwar immer wieder mal Unverständnis und Entsetzen, wie die geschätzte Wiesener Gemeinderätin Barbara Büdel, konnte jedoch noch nicht zu öffentlichem Protest bewegt werden. Das Schweigen muss ein Ende haben.

Landkreisradeln beginnt an diesem Montag

Mobilität: Mannschaften können sich anmelden

KREIS ASCHAFFENBURG. Der Landkreis Aschaffenburg nimmt von Montag, 8. Juni, bis Sonntag, 28. Juni, unter dem Motto Landkreisradeln zum siebten Mal an der bundesweiten Kampagne Stadtradeln teil.

In diesem Zeitraum können alle, die im Landkreis Aschaffenburg leben, arbeiten, einem Verein angehören oder eine Schule besuchen, bei der Aktion des Klima-Bündnisses mitmachen und möglichst viele Rad-Kilometer sammeln. Anmelden können sich Interessierte auf der Stadtradeln-Internetseite und dort ein eigenes Stadtradeln-Team gründen oder einem bestehenden beitreten.

Schulen winkt Preisgeld

Für die teilnehmenden Schulen wird im Rahmen der Aktion wieder ein landkreiseigener Wettbewerb veranstaltet. Für die radelaktivsten Schulen wird es eine eigene Preisverleihung geben, für welche die Sparkasse Aschaffenburg-Miltenberg 1200 Euro als Preisgeld bereitstellt.

Im vergangenen Jahr haben knapp 1800 Mitbürger aus dem Landkreis Aschaffenburg, verteilt auf 129 Teams, knapp 340.000 Kilometer erradelt. Sollten unterwegs störende oder gefährliche Stellen im Radwegeverlauf auffallen, können diese über die landkreiseigene Kreiskarten-App gemeldet werden (www.kreiskarte-ab.app).

Sie ist Teil des Engagements, dank dessen es dem Landkreis gelungen ist, zertifiziertes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern zu werden.

Neben dem Landkreis Aschaffenburg nehmen in diesem Jahr auch 14 kreisangehörige Kommunen mit einem eigenen Aktionszeitraum an Stadtradeln teil. Interessierten steht bei Rückfragen der Klimaschutzmanager Andreas Hoos unter Tel. 06021 394-7030 sowie unter der E-Mail-Adresse klimaschutz@lra-ab.bayern.de zur Verfügung. *Pressemitteilung Landratsamt Aschaffenburg*

Weitere Informationen unter:
www.stadtradeln.de/landkreis-aschaffenburg

Bauanträge und Verkehr im Fokus

HAIBACH. Der Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss Haibach tagt am Mittwoch, 10. Juni, um 19.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses in Haibach. Laut Mitteilung der Verwaltung werden Bauanträge behandelt. Außerdem stehen Verkehrsangelegenheiten auf der Tagesordnung. *Diese Meldung wurde mithilfe von KI erstellt.*

Vitamar-Sanierung Thema im Rat

KLEINOSTHEIM. Der Gemeinderat Kleinostheim tagt am Donnerstag, 11. Juni, um 19 Uhr im Sitzungssaal in Kleinostheim. Laut Mitteilung der Verwaltung wird der Jahresabschluss 2024 für die Gemeinde vorgelegt. Die Bereitstellung von Räumen für die Dr.-Albert-Liebmann-Schule und eine Anpassung der Vertragsvereinbarungen werden behandelt. Zudem wird eine Interessensbekundung für Fördermittel zur Generalsanierung des Vitamar auf ein neues Bundesprogramm für Schwimmbäder übertragen. Die Bewirtschaftung des Gemeindefriedhofes und ein möglicher Beitritt zur Forstbetriebsgemeinschaft Main-Spessart-Odenwald stehen unter anderem ebenfalls auf der Agenda. Weiterhin geht es um die Pflanzung von 1050 Bäumen für Kleinostheim sowie 25 große Bäume für den Ort. *Diese Meldung wurde mithilfe von KI erstellt.*